

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at

SPÖ

Aktuell

12. März 2010 • Nr. 9

Gastkommentar von PVÖ-Präsident
Karl Blecha zu „Österreich 2020“



Bundespräsident Dr. Heinz Fischer

**„Unser Handeln
braucht Werte“**

Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Bundespräsidenten-Wahl, die am 25. April entschieden wird. Derzeit läuft die Frist für die Abgabe der Unterstützungserklärungen – bis 25. März können sie an das Heinz-Fischer-Wahlbüro gesendet werden.

Der amtierende Bundespräsident Heinz Fischer hat in den letzten sechs Jahren bewiesen, dass er ein Bundespräsident für alle Österreicherinnen und Österreicher ist. Seine gewinnende Persönlichkeit und seine hohe Integrität machten Heinz Fischer zum beliebtesten Politiker des Landes. Sein umfassender politischer Erfahrungsschatz und seine große internationale Reputation haben das Ansehen unseres Landes gestärkt. Wir sind sicher: Heinz Fischer ist der Bundespräsident, den Österreich braucht!

Im Zentrum der Budgetpolitik steht nach den notwendigen Investitionen zur Krisenbekämpfung nun die Konsolidierung des Staatshaushalts. Die Devise lautet: „Gerechtes Sparen und gerechte Einnahmen“. Die SPÖ-geführte Bundesregierung konnte sich auf einen Finanzrahmen bis 2014 einigen.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

- Bundespräsidenten-Wahlkampf .. 4
- Rosenkranz und die extreme Rechte .. 5
- Budget..... 6
- Interview mit dem Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) Philip Cordery 7
- Universitäten 8
- Gastkommentar von PVÖ-Präsident Karl Blecha zu „Österreich 2020“ 14

EU beschließt Prüfung einer Finanztransaktionssteuer

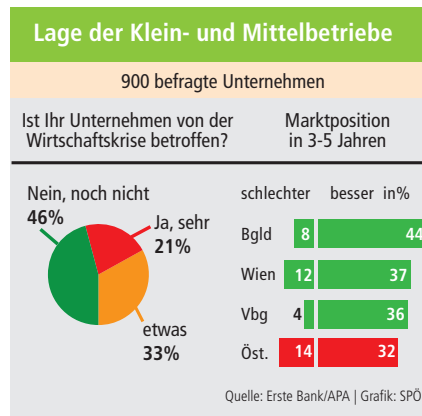
Das EU-Parlament hat in Straßburg mit einer deutlichen Mehrheit von 536 gegen 80 Stimmen die Kommission aufgefordert, die Einführung von Steuern auf Finanzgeschäfte zu prüfen. Sollte sich eine globale Steuer im Rahmen der G-20 nicht durchsetzen lassen, müsse die EU allein ihre „eigene Strategie“ entwickeln. Das ist ein weiterer Erfolg für Bundeskanzler Werner Faymanns Bemühun-



Bundeskanzler Werner Faymann

gen um eine europäische Finanztransaktionssteuer. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Eine Finanztransaktionssteuer, die in allen EU-Ländern gleich ausgestaltet ist, würde in Europa verhindern, dass Spekulanten per Knopfdruck ihre Geschäfte verschieben und sich so um den Beitrag zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte drücken könnten“, sagte Faymann dazu.

THEMEN DER WOCHE



KMU erwarten Aufwärtstrend

Die Konjunkturpakete der Regierung Faymann zeigen Wirkung: Die österreichischen Klein- und Mittelunternehmen (KMU) blicken optimistisch in die Zukunft. Ein Drittel der befragten KMU-Chefs erwartet, dass ihre Firma in den kommenden drei bis fünf Jahren wächst und sie die Marktposition ausbauen können.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum: Rosenkranz-Erklärung: Glaubwürdig oder bloß wahltaktisches Manöver?

Erst ist die umstrittene FPÖ-Präsidenten-schaftskandidatin Barbara Rosenkranz mit skandalösen Aussagen zum NS-Verbotsgesetz und Gaskammern aufgefallen, dann hat sie sich nach massivem Druck zu einem groß inszenierten NS-Distanzierungsversuch durchgerungen, den SPÖ-Klubobmann Josef Cap als „Wortflucht“ wertet.

Diskutieren Sie auf www.spoe.at mit, ob die Rosenkranz-Erklärung glaubwürdig oder nur bloßes wahltaktisches Manöver ist.



Fotolia

Alles neu: Rund 500 Seiten an Unterrichtsmaterialien sorgen für bessere Verbraucherbildung.

Bessere Verbraucherbildung für unsere Schüler

Bildungsministerin Claudia Schmied und Sozialminister Rudolf Hundstorfer haben eine neue Initiative für bessere Wirtschaftserziehung und Verbraucherbildung an Österreichs Schulen gestartet. Für alle Schulstufen wurden neue und altersgerechte Unterrichtsmaterialien erstellt. Auf insgesamt 500 Seiten informieren diese Materialien z.B. über Finanzkompetenz, bewusste Kaufentscheidung, Kaufverhalten oder Abfallvermeidung.

Zitat der Woche

„Ich warne davor, eine Sozial-schmarotzerdebatte auf dem Rücken der sozial Schwächsten zu führen. Die Mindestsicherung ist missbrauchssicher gestaltet, die Zahlen von VP-General-sekretär Kaltenegger sind reinste Kaffeesudleserei.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

And the Oscar goes to ... Christoph Waltz

Mit seinem Oscar als bester Nebendarsteller steht der österreichische Schauspieler Christoph Waltz am Filmolymp. „Dieser Oscar, den Christoph Waltz in Empfang nehmen konnte, ist eine weitere, hoch verdiente Auszeichnung für einen außergewöhnlichen Schauspieler aus Österreich. Mit seiner stilbildenden Interpretation der Rolle eines SS-Offiziers in Quentin Tarantinos 'Inglourious Basterds' hat er sich beeindruckend in die internationale Filmgeschichte eingeschrieben. Das ist bisher nur wenigen Österreichern gelungen“, gratulierte SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann.



picturedesk

So sehen Sieger aus: Christoph Waltz mit der begehrten Filmtrophäe.



Weiß wählen ist keine Position – Neinsagen ist gefordert!

Eine Person, die weit über den rechten Rand hinausstrahlt und in der Vergangenheit immer wieder durch unzumutbare Äußerungen zu Verbotsgesetz und Holocaust aufgefallen ist, ist für das höchste Amt dieser Republik mehr als ungeeignet – sie ist untragbar!

Eine Person, die weit über den rechten Rand hinausstrahlt und in der Vergangenheit immer wieder durch unzumutbare Äußerungen zu Verbotsgesetz und Holocaust aufgefallen ist, ist für das höchste Amt dieser Republik mehr als ungeeignet – sie ist untragbar!

Wie bereits im Falle des Dritten Nationalratspräsidenten setzt die FPÖ mit Barbara Rosenkranz auf bewusste Provokation, um die Grenzen nach Rechts weiter aufzuweichen. Rosenkranz ist in der Vergangenheit immer wieder durch unzumutbare Äußerungen zum Verbotsgesetz und zum Holocaust aufgefallen. Wie auch bei Martin Graf handelt es sich dabei keineswegs um verbale „Ausrutscher“. Barbara Rosenkranz hat ein rechtsextremes Weltbild und lebt das auch. Da nützen auch keine unglaublichen eidesstattlichen Erklärungen, die sie, durch den medialen und öffentlichen Druck erzwungen, abgibt.

Im Gegenteil: Barbara Rosenkranz wirkt mit ihren gezielten Aussagen weit in das rechtsextreme Lager hinein. Sie ist Bindeglied zwischen der FPÖ und dem rechtsextremen Rand, der sich durch Personen wie sie von der FPÖ vertreten fühlt.

Bei den alljährlich von ihr organisierten Sonnwendfeiern liefern sich die Ewiggestrigen immer wieder ein Stelldichein. Einem größeren Kreis wurden diese Sonnwendfeiern durch die „Feuerrede“ von Ewald Stadler bekannt, in der er 2002 davon sprach, dass wir „1945 angeblich vom Faschismus und der Tyrannei befreit worden“ seien. Bekannt ist auch, dass Rosenkranz eine Klage gegen den Journalisten und Autor Hans



Bei NS-Verharmlosung, bei Relativierung von Holocaust und Kriegsverbrechen darf und kann es keine neutrale Position geben.

„Bei der Ablehnung von Rosenkranz geht es nicht um eine Frage der Parteipräferenz. Es geht vielmehr darum, dass über alle Parteien hinweg ein Cordon sanitaire gelten muss, der eine Unterstützung für solche Personen generell ausschließt.“

Henning-Scharsach, der sie als „Kellernazi“ bezeichnete, verloren hat. Unter anderem wurde in der Begründung des Urteils vom Europäischen Gerichtshof der Menschenrechte angeführt, dass ihre Einstellung zum Nationalsozialismus als zwiespältig angesehen werden kann und dass sie in der Vergangenheit öffentlich das Verbotsgesetz kritisierte.

Ein Bundespräsident darf den antifaschistischen Grundkonsens unseres Landes nicht in Frage stellen. Das ist mit Barbara Rosenkranz nicht gewährleistet. Daher gilt es in aller Klarheit festzuhalten: Bei der Ab-

lehnung von Rosenkranz geht es nicht um eine Frage der Parteipräferenz. Es geht vielmehr darum, dass über alle Parteien und Organisationen hinweg ein Cordon sanitaire gelten muss, der eine Zusammenarbeit, eine Unterstützung oder wahltaktische Überlegungen zu solchen Personen generell ausschließt.

Umso mehr verwundert es, wenn aus der VP-Niederösterreich – immerhin ein nicht unwesentliches Kernland der ÖVP – nun verharmlosende Töne kommen. Wenn vom dortigen VP-Klubobmann Schneeberger nun öffentlich erklärt wird, dass er Frau Rosenkranz „kennen und schätzen gelernt“ hat, wenn

er erklärt, dass „ein ÖVP-Wähler, bevor er einen Herrn Fischer wählt, eine Frau Rosenkranz wählen“ wird, dann müssen alle Alarmglocken läuten.

Bei NS-Verharmlosung, bei Relativierung von Holocaust und Kriegsverbrechen darf und kann es keine neutrale Position geben. Daher kann es auch keine Option sein „weiß“ zu wählen, schon gar nicht für Vertreter staatstragender Parteien. Raushalten gilt in diesem Fall nicht, denn jeder muss sich gegen Rechtsextremismus zu Wort melden. Österreich musste sich seine Reputation nach den schrecklichen Ereignissen des Zweiten Weltkrieges und der Nazi-Diktatur hart erkämpfen. Die Republik und die ihr zugrunde liegenden demokratischen Werte mussten unter großen Anstrengungen neu errichtet werden. Wir sind es Österreich und den Menschen in diesem Land schuldig, dass jeder eindeutig gegen unsägliche Auswüchse des rechten Randes Position bezieht. Weiß wählen gilt nicht – Neinsagen ist gefordert! ◆

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

„Unser Handeln braucht Werte“

Vergangene Woche präsentierte Bundespräsident Heinz Fischer seine Kampagne zur Wiederwahl. Unterstützt wird er dabei von einem prominenten Personenkomitee.

Am 25. April jährt sich der fulminante Wahlerfolg von Heinz Fischer bei den Präsidentschaftswahlen 2010 zum sechsten Mal. Heuer wird wieder am 25. April gewählt. Heinz Fischer wird sich dabei um seine Wiederwahl bemühen. Vor dutzenden Journalistinnen und Journalisten präsentierte der amtierende Präsident im Wiener Museumsquartier das Leitmotiv seiner Wiederwahlkampagne: „Unser Handeln braucht Werte“. Fischer meint damit, dass „die Österreicherinnen und Österreicher einen

HINTERGRUND

Unterstützungserklärung für Heinz Fischer



So wird's gemacht:

Um kandidieren zu können, benötigt Heinz Fischer mindestens 6.000 Unterstützungserklärungen. Die Unterstützungserklärungen müssen persönlich auf dem Gemeindeamt bzw. dem Magistrat unterschrieben (!) und dort bestätigt werden. Die vollständige Unterstützungserklärung senden Sie dann bitte an das Wahlbüro Dr. Heinz Fischer, Argentinierstraße 22/2, 1040 Wien. Bitte achten Sie darauf, dass die Unterstützungserklärungen spätestens am 25. März im Wahlbüro einlangen müssen, um mit dem Wahlvorschlag abgegeben werden zu können. Die Unterstützungserklärung kann auf www.heinzfischer.at heruntergeladen werden. Auf jedem Gemeindeamt bzw. Magistrat liegt diese Erklärung auch als Blanko-Formular auf. Mit dem Formular mitzubringen ist noch ein amtlicher Lichtbildausweis, um sich ausweisen zu können. Falls Sie noch Fragen dazu haben, wenden Sie sich an die Hotline des Wahlbüros: 0810 2010 01 (österreichweit zum Ortstarif).



Der amtierende Bundespräsident Heinz Fischer wird sich in den nächsten Wochen gemeinsam mit unzähligen Unterstützern aus allen gesellschaftlichen Bereichen um seine Wiederwahl bemühen.

Bundespräsidenten wollen, der für Werte eintritt“. Das sei kein reißerischer Slogan, sagt Fischer. Vielmehr stehe er für Prinzipien ein: für Menschenwürde und Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit, für eine Wirtschaftsordnung in der Leistung und Solidarität keine Gegensätze sind, für ein Österreich auf das wir stolz sein können, für Frieden in Europa, der beileibe keine Selbstverständlichkeit ist und für eine Politik mit Gewissen.

Jetzt Unterstützungserklärung abgeben!

Eines ist Heinz Fischer für die Wahl am 25. April ganz besonders wichtig: „Ich bitte die Österreicherinnen und Österreicher von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen!“

Schon jetzt ist die Bevölkerung aufgerufen, einem Kandidaten mit Hilfe der Unterstützungserklärungen die Nominierung zu ermöglichen. Auch Heinz Fischer als Amtsinhaber muss die Hürde der 6.000 Unterstützungserklärungen nehmen, um zur Wahl antreten zu dürfen. Alle Wahlberechtigten haben die Möglichkeit, eine solche Erklärung abzugeben. Dabei ist zu beachten: Die Unterstützungserklärung muss persönlich auf dem Gemeindeamt bzw. Magistrat unterschrieben und dort bestätigt werden (siehe „So wird's gemacht!“). Heinz Fischer zeigt sich zuversichtlich, dass er den erforderlichen Rückhalt aus der Bevölkerung für eine Wiederkandidatur bekommen wird.

Wie viele Gegenkandidaten tatsächlich antreten werden, wird sich bis Ende des Monats zeigen. Bis dato hat nur die FPÖ-Mandatarin und Strache-Vertraute Barbara Rosenkranz ihre Gegenkandidatur bekanntgegeben (siehe Kommentar).

Personenkomitee für Heinz Fischer

Zahlreiche prominente Persönlichkeiten unterstützen in Form eines Personenkomitees die Kandidatur von Bundespräsident Heinz Fischer. Einige seien an dieser Stelle genannt: Peter Pacult (Trainer des SK Rapid Wien), Ernst Dokupil (Ex-Trainer von Rapid Wien), Steffi Graf (Leichtathletin), Beppo Mauhart (Ex-ÖFB-Chef), Brigitte Ederer (Siemens), Ewald Nowotny (Gouverneur der Österreichischen Nationalbank), Paul Lendvai (Publizist), Josef Broukal (ehem. SPÖ-Wissenschaftssprecher und ORF-Moderator), Maresa Hörbiger (Schauspieler), Herbert Krejci (ehem. Generalsekretär der Industriellenvereinigung) und viele mehr. ♦

FPÖ-KANDIDATIN ROSENKRANZ

„Kellernazi“ mit Heldinnenstatus in rechten Kreisen

FPÖ-Kandidatin Barbara Rosenkranz will Bundespräsidentin werden. Durch ihre Nähe zum rechtsextremen Lager disqualifiziert sie sich jedoch für dieses Amt.

picturedesk



Die rechtsextreme Niederösterreicherin hat sich noch immer nicht klar von der NS-Ideologie distanziert.

Barbarba Rosenkranz geht für die FPÖ in das Rennen um das Amt des Bundespräsidenten. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) sieht sie „sehr deutlich in einem rechtsextremen Umfeld“. Rosenkranz habe schon bei der Nationalratswahl 2006 aus diesem Eck Wahlempfehlungen bekommen, unter anderem vom Holocaust-Leugner Gerd Honsik, sagte DÖW-Leiterin Brigitte Bailer-Galanda.

Gegen Rosenkranz spricht aber noch mehr:

- ▶ Während Heinz Fischer seine SP-Partei Mitgliedschaft vor sechs Jahren ruhend gestellt hat und ein Bundespräsident für alle Österreicher ist, ist Rosenkranz nicht überparteilich. Sie ist eine reine Parteisoldatin.
- ▶ Rosenkranz kann Österreich international nicht repräsentieren. Ihre einzige Erfahrung am internationalen Parkett sind rechte Vernetzungstreffen mit flämischen oder ungarischen Rechtsextremisten.

- ▶ Ihr fehlt auch die politische Kenntnis für das Amt. Ihre einzige Erfahrung in einem Amt mit Verantwortung sind zwei Jahre als Landesrätin für Baurecht und Tierschutz in Niederösterreich.
- ▶ Ein Journalist bezeichnete Barbara Rosenkranz 1995 als „Kellernazi“ und wurde geklagt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat dem Journalisten aber Recht gegeben.
- ▶ Sie meint auch, dass die EU vor allem Nachteile hat und engagiert sich gegen ein gemeinsames Europa. Dabei hilft die EU-Mitgliedschaft gerade in der schwierigen Zeit der Wirtschaftskrise.
- ▶ Rosenkranz sieht in den Aktivitäten ihres Mannes Horst Jakob, der ein ehemaliger Aktivist der NDP (Nationaldemokratische Partei) ist, „nichts Ehrenrühriges“. Zweifel an den Gaskammern gehörten für sie zur „freien Meinungsäußerung“.
- ▶ Bekannt ist auch Rosenkranz' ablehnende Haltung zum Verbotsgesetz, das sie „verfassungswidrig“ nannte.

„Rosenkranz stellt den antifaschistischen Grundkonsens der Zweiten Republik in Frage. Das ist untragbar.“

Verteidigungsminister Norbert Darabos

Von der SPÖ wurden diese Aussagen immer verurteilt. „Rosenkranz stellt den antifaschistischen Grundkonsens der Zweiten Republik in Frage. Das ist untragbar“, sagt Verteidigungsminister Norbert Darabos dazu. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas meint: „Am Verbotsgesetz darf nicht gerüttelt werden.“

Mit Grundsatzerklärung will sich Rosenkranz ins rechte Licht rücken

Erst nach massivem medialem Druck war Rosenkranz zu einer angeblichen Korrektur ihrer Haltung zum Verbotsgesetz bereit. Mit einer eidesstattlichen Erklärung hat die FPÖ-Kandidatin versucht, die Debatte um ihre Aussagen zum Verbotsgesetz abzuwürfen. Sie startete eine PR-Aktion, in der sie die Ideologie und die Verbrechen der NS-Zeit verurteilt. Für die SPÖ ist diese Erklärung aber nicht glaubhaft. Für Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter ändert sich damit nichts am „Charakterbild“ von Rosenkranz. „Wahltaktische Aussagen können nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass Frau Rosenkranz und ihr engstes Umfeld eine Nähe zum nationalsozialistischen Gedankengut pflegen, die sie nicht nur als Kandidatin für die Bundespräsidentenwahl, sondern überhaupt für öffentliche Ämter in der Republik Österreich disqualifiziert“, sagt Kräuter. Die früheren Aussagen von Rosenkranz zum Verbotsgesetz bezeichnet er als „skandalös“ und „beschämend“. Auch SPÖ-Klubobmann Josef Cap kritisiert das Vorgehen von Rosenkranz scharf: „Man muss zu den konkreten Verbrechen der Nationalsozialisten auch konkret Position beziehen in dem Sinn, dass man das natürlich selbstverständlich auch konkret verurteilt. Das fehlt in dieser Erklärung.“ ♦

BUDGET

Regierung beschließt Finanzrahmenplan bis 2014

Die SPÖ-geführte Bundesregierung konnte sich auf einen Finanzrahmen bis 2014 einigen. Im Zentrum der Budgetpolitik steht die Konsolidierung des Staatshaushalts. Die Devise lautet: „Gerechtes Sparen und gerechte Einnahmen“.



Bundeskanzler Werner Faymann will eine sozial gerechte und ökonomisch sinnvolle Budgetkonsolidierung.

„Wir leben in Zeiten, die hart sind, aber umso gerechter sein müssen.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann verkündete vergangene Woche nach dem Ministerrat gemeinsam mit Finanzminister Pröll die Einigung zum Bundesfinanzrahmen-Gesetz 2011 bis 2014. Der Finanzrahmenplan stützt sich auf aktuelle Prognosen. Oberstes Ziel ist die nachhaltige und gerechte Konsolidierung des Staatshaushalts und zwar ausgaben- und einnahmenseitig – im Verhältnis 60 zu 40. Aus heutiger Sicht müssen zum Beispiel im Jahr 2011 rund 1,7 Milliarden Euro eingespart werden. Die vier großen Zukunftsbereiche Bildung, Wissenschaft, Soziales und Forschung werden dabei aber privilegiert behandelt. Der Konsolidierungsbedarf beträgt nach aktuellem Stand, je nach Ressort, im Jahr 2011 zwischen 1,3 und 3,6 Prozent des jeweiligen Budgets. „Wir haben uns bei den Ausgaben engagierte Sparziele gesetzt, aber noch keine konkreten Maßnahmen definiert“, so Faymann. Alle Ressorts müssen bis zum Herbst 2010 Vor-

schläge für die dafür notwendigen Reformen 2011 ausarbeiten.

Vorschläge für gerechte Einnahmen

„Auf der Rückseite der Krise steht die Rechnung. Die Bevölkerung darf nicht das Gefühl haben, dass die Kosten dafür einfach auf die breiten Massen abgewälzt werden“, betonte Faymann. Der Kanzler verwies im Hinblick auf die einnahmenseitige Konsolidierung auf die Vorschläge der SPÖ. Verursacher und Profiteure der Krise sollen ihren Beitrag zur Bewältigung der Krisenkosten leisten. Banken-Solidarabgabe, Finanztransaktionssteuer, das Streichen von Steuerprivilegien für Finanzvermögen, die Abschaffung der Absetzbarkeit von Managergehältern über 500.000 Euro, die lückenlose Besteuerung von Aktiengewinnen sowie das Schließen von Steuerschlupflöchern seien „symbolisch und quantitativ sinnvolle Vorschläge“. Die Vorschläge brächten mindestens rund zwei Milliarden Euro – im Finanzrahmenplan vorgesehen sind 1,7 Milliarden Euro. „Mein Ziel als Sozialdemokrat ist die Verteilungsgerechtigkeit“, so Werner Faymann. Wie aus einem Interview in der ak-

tuellen Ausgabe des Magazins „News“ hervorgeht, befürwortet auch Alois Guger, Experte des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo), vermögensbezogene Steuern zur Budgetkonsolidierung. „Bei Vermögenserträgen kann man mehr holen“, so Guger, der für die Abschaffung der Spekulationsfristen auf Aktiengewinne plädiert.

Vorschläge der SPÖ schon lange auf dem Tisch

Für die SPÖ war und ist Verteilungsgerechtigkeit immer schon ein Thema. Bereits im Mai vergangenen Jahres setzte die SPÖ eine Arbeitsgruppe ein, die Maßnahmen für eine gerechte einnahmenseitige Konsolidierung erarbeiten sollte. Bundeskanzler Werner Faymann gab damals wesentliche Eckpunkte vor: die Finanztransaktionssteuer, eine Steuer auf Vermögenszuwächse aus Finanzgeschäften und Finanzspekulationen sowie die Überprüfung des Steuerrechts für Stiftungen. Bei der Präsidiumsklausur im September 2009 wurden dann konkrete Vorschläge beschlossen. Die Finanztransaktionssteuer fordert die Sozialdemokratie seit nunmehr zwei Jahren. Bei seiner Rede letzten September hat sich Bundeskanzler Werner Faymann auch deutlich für strengere Regeln für Managergehälter ausgesprochen. „Unser Wort gilt heute wie damals: Keine neuen Massensteuern, aber mehr Steuergerechtigkeit in Österreich“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas.

Keine Mehrwertsteuer-Erhöhung mit der SPÖ

Nachdem ranghohe Regierungsmitglieder der ÖVP – allen voran Finanzminister Pröll – eine Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht dezidiert ausschließen wollten, stellten Laura Rudas und SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer klar, dass die Erhöhung dieser Massensteuer für die Sozialdemokratie nicht in Frage kommt. Das sei „sozialpolitischer und wirtschaftlicher Unsinn“, so Krainer. ♦

INTERVIEW

„Alles Menschenmögliche tun, um weitere Finanzkrise zu verhindern“

Der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) Philip Cordery im Interview mit „SPÖ Aktuell“ über die neue europäische Kampagne „Regulate Global Finance Now“ und die neuen Herausforderungen an die europäische Sozialdemokratie.



Wir brauchen die Unterstützung aller europäischen Sozialdemokraten, um Europa zu verändern, so der Generalsekretär der SPE Philip Cordery bei seinem Besuch in Österreich.

SPÖ Aktuell: Gibt es bestimmte Gründe für Ihren Besuch in Österreich?

Philip Cordery: Der Hauptgrund für meinen Besuch ist der Startschuss der europäischen Kampagne „Regulate Global Finance Now“. Darüber hinaus ist es mir ein Anliegen, einen engen Kontakt mit der SPÖ zu pflegen. Dazu hatte ich ein hervorragendes Gespräch mit SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas.

Was wollen Sie mit dieser europäischen Kampagne erreichen?

Cordery: „Regulate Global Finance Now“ ist eine Kampagne, die zusammen mit den Europäischen Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen vor sechs Monaten ins Leben gerufen wurde. Mit dieser wichtigen Kampagne, die in allen Mitgliedstaaten präsentiert wird, wollen wir deutlich machen, dass wir alles Menschenmögliche unternehmen müssen, um eine weitere Finanzkrise zu verhindern. Und dafür brauchen wir eine stärkere Regulierung und Kontrolle des Finanzmarktes. Des Weiteren fordern

wir eine europaweite Finanztransaktionssteuer.

Warum haben Sie ausgerechnet Wien für den Start der Kampagne ausgewählt?

Cordery: Wir haben Wien gewählt, weil sich die österreichische Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann so aktiv und unermüdlich für eine Finanzmarktregulierung und eine Finanztransaktionssteuer in Europa einsetzt.

Die Sozialdemokratie steht in ganz Europa vor großen Herausforderungen. Wie werden die europäischen Sozialdemokraten diese bewältigen?

Cordery: In der Tat ist der Trend in Europa eher negativ als positiv. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass unsere Lösungen und Werte die richtigen sind. Und dass wir mit unserer Politik den Menschen eine bessere Zukunft ermöglichen können. Nichtsdestoweniger müssen wir die Art der Politikgestaltung für die Menschen attraktiver machen. Wir haben deshalb einen Prozess innerhalb der SPE unter dem Titel „Progressive Society“ eingeleitet, um unsere Programme und unser Denken zu erneuern und zu verbessern. An dieser Stelle ist die SPÖ mit ihrer Zukunftsdebatte „Österreich 2020“ als Positivbeispiel hervorzuheben. Es ist unser erklärtes Ziel, noch effizienter auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu reagieren und besser auf die Menschen zuzugehen.

Wie wollen Sie dieses Ziel realisieren?

Cordery: Die Idee ist, die Ergebnisse der Debatten aller Mitgliedstaaten zu sammeln, sie danach auf europäischer Ebene zusammenzufügen und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Die Trends und Probleme sind in ganz Europa dieselben.

Daher brauchen wir eine gemeinsame europäische Antwort. Wir müssen außerdem auch die Rolle des Nationalstaates überdenken. In der Vergangenheit konnte der Staat selbst entscheiden, wie beispielsweise die Wirtschaft reguliert werden soll. Durch die Globalisierung ist das immer weniger oft der Fall. Wir müssen uns überlegen, wie wir die nationale Regulierung auf die europäische Ebene übertragen. Das ist ein sehr wichtiges Thema, aber auch eine Frage der Solidarität und der Gerechtigkeit.

Wie funktioniert die Kooperation zwischen der SPÖ und der SPE?

Cordery: Die SPÖ ist eine der dynamischsten und aktivsten Kräfte in der SPE. Bundeskanzler Werner Faymann spielt eine sehr wichtige Rolle, da er einer der wenigen sozialdemokratischen Regierungschefs innerhalb der Europäischen Union ist.



Fotos: Lehmann

„Regulate Global Finance Now“ – mehr Infos zur Kampagne und zur SPE unter www.europeansforfinancialreform.org und www.pes.org/en/pes-activists/join-pes-activists.

Was möchten Sie den „SPÖ Aktuell“-Lesern abschließend noch gern sagen?

Cordery: Wenn man in Europa etwas verändern will, und das ist unser Ziel, brauchen wir die Unterstützung von allen Sozialdemokraten Europas. ♦

BILDUNG

Universitäten: Mehr Chancen statt mehr Hürden!

Die ÖVP mit Wissenschaftsministerin Karl will den freien Hochschulzugang zu Grabe tragen und generelle Zugangsbeschränkungen einführen. Die SPÖ sagt dazu Nein. Denn wir brauchen mehr gut Ausgebildete und nicht mehr Hürden.

Lehmann



Für die SPÖ kommen flächendeckende Zugangsbeschränkungen – wie sie die ÖVP gebetsmühlenartig fordert – nicht in Frage.

Die Presse“ verkündete letzten Freitag in großen Lettern „Das Ende des freien Uni-Zugangs“ – und lag damit vollkommen falsch. Offenbar war man einer Fehlinformation aufgesessen, hatte doch unmittelbar davor ÖVP-Wissenschaftsministerin Karl zum Halali auf den freien Hochschulzugang geblasen und Zugangsbeschränkungen für alle Studienrichtungen gefordert. Tatsache aber ist: „Das Prinzip des freien Hochschulzugangs ist geltende Rechtslage, im Regierungsprogramm gibt es keinerlei gegenteilige Vereinbarungen“, stellte SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl klar. Auch würden derzeit keine Gespräche zwischen SPÖ und ÖVP zu diesem Thema geführt, so Kuntzl. Überhaupt wäre die ÖVP-Ministerin jetzt gut beraten, sich intensiv der Erhöhung der Akademikerquote zu widmen,

statt sich mit Scheingefechten aufzuhalten. Denn Österreich liegt bei der Akademikerquote nur auf Platz 21 von 27 EU-Staaten – und ist damit weit entfernt von der „Europa 2020“-Strategie der EU-Kommission, wo das Ziel eines Akademiker-Anteils von 40 Prozent verankert ist. „Ich fordere daher die Wissenschaftsministerin nachdrücklich auf, Vorschläge auf den Tisch zu legen, wie dieses Ziel erreicht werden soll“, bekräftigte Kuntzl.

WU-Antrag abgelehnt

Gleich nach Karls Forderung nach flächendeckenden Zugangsbeschränkungen wagte sich auch Christoph Badelt, der Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien (WU) aus der Deckung. Unter Berufung auf den Notfallparagraphen (der aber lediglich als absolute Ausnahmebestimmung gedacht ist) will Badelt für die gesamte WU per Antrag eine drastische Beschränkung der Zahl der Studienanfänger durchsetzen: Statt derzeit rund 7.000 sollen nur noch 2.050 Studierende ein Bachelor-Studium beginnen dürfen. Die ÖVP unterstützt diesen An-

KURIER

Freitag, 5. März 2010

Was passiert in Österreich? Die Universitäten sind seit Jahren unterdotiert. Anstatt sie mit den erforderlichen Mitteln auszustatten, will die ÖVP-Wissenschaftsministerin Studierwillige von den Hochschulen fernhalten. Universitäten als Sperrgebiet.

Sieht die Zugangsbeschränkungspläne der ÖVP kritisch: Daniela Kittner vom „Kurier“.

trag auf Zugangsbeschränkungen grundsätzlich. Die SPÖ lehnt die Pläne der WU klar ab: Denn aus einem Gutachten einer auf Uni-Recht spezialisierten Verfassungsjuristin geht klar hervor, dass Badelts Ansuchen rechtswidrig ist. Kuntzl sieht außerdem den freien Hochschulzugang gefährdet. „Das Rektorat will offensichtlich aus der WU-Wien eine Elite-Universität machen – was klar ihrem öffentlichen Auftrag widerspricht und zulasten anderer Unis gehen würde“, so Kuntzls Kritik, die auch vom Verfassungsjuristen und Dekan am Juridicum der Uni Wien, Heinz Mayer, geteilt wird. Was Badelt unternehme, sei ein „unverständlicher Alleingang auf Kosten anderer“ und der Versuch, die „Belastung auf andere Unis abzuwälzen“, so Mayer. Im Übrigen habe sich Badelt die Überlastung der WU auch selbst zuzuschreiben: Denn Badelt „hat aggressiv um Studenten geworben, solange es Einnahmen durch Studiengebühren gab“.

Zugangsbeschränkungen sind sozial selektiv

Kritik an Badelts restriktiven Plänen kommt auch vom Dekan der Lebenswissenschaften, Horst Seidler. „Ich will nicht erleben, dass eine Uni auf Kosten der anderen floriert und dann auch noch gute Ratschläge gibt.“ SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl betonte dazu: „Wir brauchen ganz sicher nicht mehr Hürden an den Universitäten, sondern wir brauchen mehr gut ausgebildete junge Menschen“. Kuntzl machte außerdem deutlich, dass Zugangsbeschränkungen sozial selektiv sind und vor allem Frauen benachteiligen. ♦

Rigaud



„Das Prinzip des freien Hochschulzugangs ist geltende Rechtslage.“
SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl.

BANKENSTEUER

Banken müssen zu Budgetsanierung beitragen

Die Bankensteuer nimmt konkrete Formen an. Bundeskanzler Werner Faymann traf sich mit Bankenvertretern zur ersten Verhandlungsrunde.

Für Bundeskanzler Werner Faymann ist klar: „Die Banken müssen 500 Millionen zur Sanierung des Budgets beitragen, weil sie ja auch vom Staat in der Finanzkrise mit Milliarden unterstützt wurden“. Der Kanzler betont weiters: „Wir müssen wegen der Wirtschaftskrise gegensteuern. Und da ist es nur gerecht, jene zur Kassa zu bitten, die uns diese Situation eingebrockt haben.“ SPÖ und ÖVP haben sich bekanntlich bereits auf die Einführung einer Bankensteuer geeinigt. Jetzt geht es darum, in den Verhandlungen die Details abzuklären.

Basis der Steuer soll die Bilanzsumme der Kreditinstitute sein. Dafür spricht laut Finanz-Staatssekretär Andreas Schieder, dass sie „einfach, klar und transparent in der Abwicklung“ ist. Sie ist einfach zu administrieren und verständlich in der Wirkung. In Kraft treten soll die Steuer im kommenden Jahr. Die dazu eingesetzte Ar-

beitsgruppe sollte also spätestens im Herbst ihre Aufgabe erledigt haben. Die Einsetzung der Gruppe wurde am 22. Februar im Anschluss an einen mehr als zweistündigen Bankengipfel beschlossen.

Finanzminister Pröll war beim ersten Treffen nicht dabei

An der ersten Verhandlungsrunde nahmen neben Kanzler Faymann die Finanz-Staatssekretäre Andreas Schieder und Reinhold Lopatka, Notenbank-Chef Ewald Nowotny, die Vorstände der Finanzmarktaufsicht (FMA) Helmut Ettl und Kurt Pribil sowie Vertreter der größten österreichischen Banken teil. Finanzminister Josef Pröll war aufgrund von Budgetverhandlungen verhindert. Die erste Runde blieb vorerst ohne konkrete Ergebnisse. „Es wird weiterverhandelt“, sagte Andreas Schieder nach dem Treffen. ♦

„Die Banken müssen 500 Millionen zur Sanierung des Budgets beitragen, weil sie ja auch vom Staat in der Finanzkrise mit Milliarden unterstützt wurden.“

Bundeskanzler Werner Faymann



Bundeskanzler Werner Faymann und Staatssekretär Andreas Schieder haben die SPÖ bei der ersten Bankensteuer-Verhandlungsrunde vertreten.

STIFTUNGEN

„Vermögensabhängige Abgaben unverzichtbar“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter über die positiven Effekte einer Erhöhung der Zwischensteuer.

Die Steuervorteile durch rund 3.250 Privatstiftungen in Österreich sind dem Volumen nach durchaus erheblich. Bei einem Stiftungsvermögen von insgesamt 60 Milliarden Euro und einem geschätzten Ertrag von 10 Prozent jährlich beträgt die Steuerersparnis durch die der-

zeitige Zwischensteuer von 12,5 Prozent rund 750 Millionen Euro – ein Steuerprivileg, das ausschließlich Vermögenden und Superreichen zugute kommt.

Aus einer Erhöhung der Zwischensteuer resultiert also durchaus budgetrelevantes Einnahmepotential, verteilungspolitisch besteht jedenfalls absoluter Handlungsbedarf.

Eine Abwanderung von Stiftungsvermögen ins Ausland ist nicht nur aufgrund bestehender prozentueller Vorteile nicht zu erwarten. Die Einbringung von Vermögen in letzte „tax havens“ in der Schweiz oder Liechtenstein gilt als Realisierung und müsste der vollen Kapitalertragssteuer unterworfen werden. Alle, die also einen drohenden Kapitalabfluss be-

fürchten oder drohende wirtschaftspolitische Schäden beklagen, wollen in Wirklichkeit weiterhin ungerechtfertigte Steuerprivilegien genießen.

Aus sozialdemokratischer Perspektive sind vermögensabhängige Abgaben zur Stabilisierung der budgetären Gesamtsituation selbstverständlich und unverzichtbar. Bankenabgabe, Finanztransaktions- oder Börseumsatzsteuer, Wegfall der Spekulationsfrist im Aktienbereich, gerechte Stiftungsbesteuerung müssen kommen.

Allen, die sich noch sträuben, sind nicht nur steuertechnische Argumente entgegenzuhalten. Es ist auch an der Zeit, von Superreichen Verantwortung für gesellschaftspolitische Balance und sozialen Frieden einzufordern. ♦



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: Von Superreichen ist Verantwortung für gesellschaftspolitische Balance und sozialen Frieden einzufordern

ÖBB

Die Zukunft liegt in der Bahn

Verkehrsministerin Doris Bures hat klare Vorstellungen über das Zukunftsunternehmen ÖBB, seine Bedeutung für das Klima und das Gehalt von Managern.

Wir wollen mehr in die Infrastruktur investieren, die ÖBB noch kundenfreundlicher gestalten und den Güterverkehr noch stärker von der Straße auf die Schiene verlagern“, stellte Verkehrsministerin Doris Bures vor kurzem in der ORF-„Pressestunde“ in Aussicht. „Investitionen in die Bahn sind Zukunftsinvestitionen, die auch die Antwort auf den Klimawandel darstellen. Ziel ist daher die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und damit der Ausbau der Bahn. Die Bahn trägt nicht nur zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes und zur Erreichung der Klimaziele bei, sondern stärkt auch den Wirtschaftsstandort Österreich – ein Unternehmen mit Zukunft. Ein großes Anliegen der Verkehrsministerin ist es, verstärkt auf die Jugendlichen einzugehen: „Auch in diesem Jahr können 500 junge Menschen eine Lehre bei den ÖBB in zu-



Verkehrsministerin Doris Bures: „Die Bahn ist alternativlos, modern und ökonomisch.“

kunftsträchtigen Bereichen wie Elektro- und Nachrichtentechnik und Mechanik beginnen“, erklärte Bures.

Leistungsorientierte Managergehälter

Derzeit umgesetzt werden strukturelle Än-

derungen hin zu mehr Kontrolle und Transparenz, um Doppelgleisigkeiten zu verhindern. Was die Bezüge von Managern betrifft, erklärte Bures: „Es kann nicht sein, dass Manager das Unternehmen runterwirtschaften und Menschen um ihre Arbeitsplätze bringen und dafür viel Geld oder Boni erhalten.“ Aus diesem Grund werde es in Zukunft einen leistungsorientierten Gehaltsbestandteil geben, so Bures.

Pensionsantrittsalter erhöhen

Um die Menschen länger in Beschäftigung zu halten, will die Verkehrsministerin in Zukunft das Pensionsantrittsalter jedes Jahr um mindestens ein Jahr erhöhen. Bures setzt auf mehr Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen, um die Menschen dort einsetzen zu können, wo sie gebraucht werden. ♦

SOZIALES

Mindestsicherung ist missbrauchssicher

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist missbrauchssicher. VP-Kaltenegger wäre gut beraten seine Hetzkampagnen einzustellen.

In Richtung ÖVP-General Kaltenegger, der mit falschen Zahlen versucht, eine Sozialschmarotzerdebatte loszutreten, betont SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas: „Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist missbrauchssicher. Statt gegen jene zu hetzen, die schon jetzt am stärksten unter der Krise leiden, soll Kaltenegger sich an die Linie seines Parteivorsitzenden Josef Pröll halten, der die Mindestsicherung mitbeschlossen hat.“ ♦



SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas betont, dass durch strenge Regeln und enge Kooperationen zwischen AMS und den Landesverwaltungsbehörden Missbrauch bei der Mindestsicherung verhindert wird.

JUSTIZ

Mit Finanzmitteln verantwortungsvoll umgehen

Etliche Spekulationen der öffentlichen Hand stehen unter berechtigter Kritik. Die SPÖ will, dass nur geprüfte Finanzprodukte verwendet werden.

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim fordert, dass Finanzierungsprodukte vom Rechnungshof vorab geprüft werden sollen, um somit eine Art Mustersammlung unbedenklicher Anlagen für Gemeinden und Länder zu erstellen. „Es geht um die Finanzmittel des Landes und um den verantwortungsvollen Umgang damit“, betonte Jarolim. Den offensichtlichen Mangel an Verantwortungsgefühl kritisiert Jarolim in Niederösterreich. Durch Spekulationen sind Verluste in Milliarden-Höhe entstanden. ♦



Justizsprecher Hannes Jarolim will Vorab-RH-Prüfungen von Finanzprodukten.

Historien-Roman

Karl und das zwanzigste Jahrhundert

Wie das Leben in der Hauptstadt vor und nach dem Ersten Weltkrieg war, wird aus Sicht eines Arbeiterkinds geschildert.

„Und nun erkennt Karl, dass er das Unglück hatte, in das zwanzigste Jahrhundert geboren zu werden und dass ihm nichts helfen kann, es sei denn, dieses Jahrhundert hülfe vorerst sich selbst.“ Dieses Zitat beschreibt am besten, wie das Leben des Protagonisten verlaufen ist und von welchen Umständen es geprägt war. Geboren wurde Karl Lakner 1893. Die Mutter ist Diensthilfe und der Vater Maurergehilfe. Er lernt fleißig und schafft es auf die Lehrerbildungsanstalt – das Leben scheint sich

zu bessern. Dann bricht der Erste Weltkrieg aus. Lakner – ein Mensch wie tausend andere, ein Leben, beliebig herausgegriffen aus Millionen anderer, denselben Zwängen und Bedingungen unterworfen: Kriege, Inflation, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger. Der Roman des sozialistischen Schriftstellers Rudolf Brunngraber verschränkt beispielhaft die global wirkenden technischen und wirtschaftlichen Zwänge und Hemmnisse mit dem Leben eines einzelnen Menschen. ♦

Sachbuch

Zahlenspiele in der Medizin

Mit der Angst der Patienten verdient die Pharmabranche viel Geld. Wie die Ängste geschürt werden, wird in dem Buch beschrieben.

Wer profitiert von Impfungen? Möglicherweise einige, die sich impfen lassen, aber auch, die (Pharma-)Industrie. Je größer die Angst, umso mehr steigen die Umsätze. Mit Zahlen kann die Gefahr als sehr groß oder auch als nicht besonders beeindruckend dargestellt werden. Nicht schwer zu erraten, welche Auslegung den Umsatz erhöht. Die Autoren nehmen unterschiedliche Leistungen unter die Lupe: Medikamente, die für eine kleine Zielgruppe entwickelt wurden, und dann auch in der brei-

ten Bevölkerung eingesetzt werden. Operationsmethoden, die von den Spitälern und Krankenkassen bezahlt werden, obwohl die Studienlage noch recht dünn ist. Vorsorgeuntersuchungen, deren Nutzen umstritten ist, die aber dennoch großflächig eingesetzt werden. Negative Studienergebnisse, die nicht publiziert werden, und positive, die breite Öffentlichkeit finden. Wer das Buch gelesen hat, weiß: Nicht alles, was von der Medizinindustrie als Fortschritt präsentiert wird, ist einer. ♦

Tatsachenbericht

Schattenarmeen

Der Geheimdienstexperte Wilhelm Dietl berichtet aus dem Innenleben der Geheimdienste.

Sie sind die gefährlichsten Untergrundorganisationen der Welt und befinden sich permanent im Kriegszustand. Die Geheimdienste im Nahen und Mittleren Osten kennen keine Skrupel und keine Gesetze. Sie exekutieren Andersdenkende auch in den Straßen von Paris, Berlin und Wien. Sie bedienen sich wechselnder Terrororganisationen, um politische Ziele mit brutaler Gewalt durchzusetzen. Wenn sie Allianzen mit dem Westen eingehen, foltern und töten

sie im Auftrag der Demokratien. Bestsellerautor Wilhelm Dietl beschreibt als Erster die verborgenen Strukturen und die spektakulärsten Operationen der Schattenarmeen der islamischen Welt. Aus Recherchen vor Ort und Gesprächen mit Tätern, Ermittlern und konkurrierenden Diensten gewann er Insiderinformationen, auf deren Grundlage er die Grauzone der unheilvollen Zusammenarbeit auch mit westlichen Partnern beleuchtet. ♦

☐ Stk.


Rudolf Brunngraber:
Karl und das zwanzigste Jahrhundert
Milena Verlag, Wien 2010;
270 S., 21,90 €

☐ Stk.


B. PISO, C. WILD (Hrsg.):
Zahlenspiele in der Medizin:
Eine kritische Analyse.
Orac Verlag, Wien 2010;
223 S., 19,90 €

☐ Stk.


Wilhelm Dietl
Schattenarmeen.
Die Geheimdienste der islamischen Welt
Residenz Verlag,
St. Pölten 2010; 300 S., 21, 90 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



NIEDERÖSTERREICH

Leitner präsentiert sicheres Veranlagungskonzept



Die SPÖ Niederösterreich fordert den Ausstieg aus den risikoreichen und hochspekulativen Veranlagungen der Wohnbauförderungsgelder.

„Die Veranlagung der niederösterreichischen Wohnbaugelder in konservative und sichere Anlageprodukte hätte zu einer sehr guten Gesamt-Performance geführt“, ist sich Landeshauptmann-Stellvertreter und SPÖ Niederösterreich-Vorsitzender Sepp Leitner sicher. Bei der Veranlagung der niederösterreichischen Wohnbaugelder hat der zuständige Landesrat bisher mehr als 1 Milliarde Euro verzockt. Gemeinsam mit Wirtschaftsprüfer Thomas Keppert hat die SPÖ Niederösterreich durch ein Alternativ-Konzept zur Veranlagung gezeigt, dass auch Gewinne möglich gewesen wären.



SPÖ NÖ

SPÖ-NÖ-Chef Sepp Leitner und Wirtschaftsprüfer Thomas Keppert legen ein Konzept zur risikolosen Veranlagung der NÖ-Wohnbaugelder vor, das mehr Ertrag ermöglicht.

1,2 Milliarden Euro mit risikolosen Anleihen

„Mit risikolosen Anleihen wäre deutlich mehr Ertrag möglich gewesen“, stellt Keppert fest. Als konkretes Beispiel nennt er Investitionen in österreichische Bundesanleihen: „Rechnet man die erfolgten Kurssteigerungen von Staatsanleihen hinzu, so wäre mit Zinserträgen

und Kursgewinnen sogar ein Erfolg von 1,2 Milliarden Euro erzielbar gewesen.“ Die Forderungen der SPÖ Niederösterreich sind deshalb klar: „Wir möchten in einem mehrjährigen Prozess aus den risikoreichen Veranlagungen aussteigen“, so Leitner. Er spricht sich klar für die Veranlagung in sichere Finanzprodukte aus und fordert ein Konjunkturpaket für Niederösterreichs Gemeinden. ♦

BURGENLAND

Volksbefragung muss bindend sein



Der burgenländische Landtag soll sich parteiübergreifend zur Verbindlichkeit der Volksbefragung über ein Asyl-Erstaufnahmезentrum bekennen.

„Eine Wiederholung der ‚Eberauer Nacht-und-Nebel-Aktion‘ ist an jedem anderen burgenländischen Standort weiter möglich“, ist sich SPÖ-Klubchef Christian Illedits sicher. Der ÖVP könne man nach ihren bisherigen „Bocksprüngen“ nicht mehr trauen. Die SPÖ Burgenland fordert daher eine Sondersitzung des Landtages zur Standort-Diskussion über ein Asyl-Erstaufnahmезentrum. Ziel ist, dass sich „auch der Landtag klar positioniert und parteiübergreifend zur Verbindlichkeit der



kommenden Volksbefragung bekennt“, so Illedits. Dem Referendum kommt für Illedits entscheidende Bedeutung zu: „Die Bevölkerung kann sich Gehör verschaffen und ein Veto gegen überdimensionierte Lösungen einlegen“, so der SPÖ-Klubchef. ♦

Für SPÖ-Burgenland-Klubchef Illedits ist klar: Das Ergebnis der kommenden Volksbefragung muss parteiübergreifend verbindlich sein.

SALZBURG

Jugendliche diskutierten mit NR-Präsidentin Prammer



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer besprach im Zuge ihres Salzburg-Besuchs Zukunftsthemen mit SPÖ-Jugendvertretern.

„Die Zukunft der Jugend in Österreich“: Das war das Thema einer Gesprächsrunde mit Barbara Prammer an der Vertreter der SPÖ-Jugendorganisationen teilnahmen. Die Mitglieder der Aktion kritischer SchülerInnen (AKS) interessierte besonders das von Prammer initiierte Projekt „Demokratiwerkstatt“ und Perspektiven für eine demokratischere Schule. Die Salzburger JUSOS beschäftigen vor allem Strategien zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise. An der Diskussion beteiligten sich auch Vertreter der FSG-Jugend und des Verbands Sozialistischer StudentInnen (VSSTÖ). ♦



ÖKS

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und der Salzburger Nationalratsabgeordnete Johann Maier mit Vertretern von AKS, VSSTÖ, FSG-Jugend und JUSOS Salzburg.

STEIERMARK

Hilfe für 5.900 arbeitslose Frauen



Das Zentrum für Aus-
bildungsmanagement hilft
Frauen mit Aus- und
Weiterbildungsmaßnah-
men beim Wiedereinstieg
ins Berufsleben.

Den diesjährigen Frauentag nahm die steirische SPÖ-Frauenlandesrätin Elisabeth Grossmann zum Anlass, um auf das Projekt Zentrum für Ausbildungsmanagement (ZAM) hinzuweisen. Das Projekt, das vom Land Steiermark und dem AMS gefördert wird, soll 5.900 arbeitslosen Frauen den Einstieg in das Berufsleben ermöglichen. Für SPÖ-Soziallandesrat und Landeshauptmann-Stellvertreter Siegfried Schrittwieser ist ZAM eine der bedeutendsten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Landesregierung. Vor allem im Zuge der Wirtschaftskrise zählen Frauen zu den Verliererinnen, betonte Grossmann. Entscheidend ist für sie das flächendeckende Angebot in allen Regionen.



SPÖ Steiermark

Mit geballter Kraft
gegen Arbeitslosigkeit
bei Frauen: Frauenlandes-
rätin Elisabeth Grossmann
und Soziallandesrat
Siegfried Schrittwieser
engagieren sich für
Verbesserungen für
Frauen in der Arbeitswelt.

Berufliche Perspektive für alle Teilnehmerinnen

Ziel aller Maßnahmen ist es, gemeinsam mit den Teilnehmerinnen eine berufliche Perspektive auszuarbeiten, die alle individuellen Stärken, Möglichkeiten und Problemlagen der Frauen berücksichtigt. In den meisten Fällen kann durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen geholfen werden. Neben klassischen Orientie-

rungsmodulen wie „Berufe mit Zukunft“ oder „Persönliche Fähigkeiten und Stärken“ wird verstärkt in Richtung Handwerk und Technik gearbeitet. Österreichweit übernimmt die Steiermark mit dem Projekt ZAM eine Vorreiterrolle: „Wir sind bisher das einzige Bundesland, in dem mit dem Projekt ZAM mit geballter Kraft versucht wird, eine Verbesserung für Frauen in der Arbeitswelt zu erreichen“, so die beiden Regierungsmitglieder. ♦

TIROL

Entrümpeln für den guten Zweck



SPÖ-Vorsitzender Hannes Gschwentner organisierte einen Flohmarkt für „Licht ins Dunkel“.

Im Laufe der Jahre haben sich beim Tiroler Sportreferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Hannes Gschwentner einige Erinnerungsstücke angesammelt. Für „Licht ins Dunkel“ hat Gschwentner seine Raritäten nun auf einem Flohmarkt zum Verkauf feilgeboten. Unter anderem wurde um einen Helm von Skirennläufer Manfred Pranger und um das Siegertrikot der Nordischen Weltmeisterschaft 2009 samt Unterschriften der Mannschaftssieger gefeilscht. Am Ende des Tages konnten 300 Euro für den guten Zweck gesammelt werden. ♦



SPÖ Stmk

Sportreferent
Landeshauptmann-
Stellvertreter Hannes
Gschwentner mit
Sandro aus Imst,
der den Helm von
Manfred Pranger
ergattern konnte.

VORARLBERG

„Johanna-Dohnal-Preis“ ab 2011



Der von den SPÖ-Landesfrauen Vorarlberg vergebene Preis soll ein Andenken an die ehemalige Frauenministerin sein.

Der neu entworfene „Johanna-Dohnal-Preis“ soll jährlich am 8. März – dem Internationalen Frauentag – vergeben werden. Gefördert werden sollen vor allem junge Frauen, die sich in einem „frauenuntypischen“ technischen Bereich besonders hervortun. Für die Vorsitzende der SPÖ-Landesfrauen Vorarlberg Olga Pirchner ist der Preis eine wichtige Initiative. „Denn nur eine gute Ausbildung kann die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen schließen“, so Pirchner. ♦



SPÖ VlbG

SPÖ-Landesfrauen-
vorsitzende Olga
Pirchner kündigt
„Johanna-Dohnal-Preis“
zur Förderung junger
Frauen an.



„ÖSTERREICH 2020“ – Ein Aufruf an alle

Die SPÖ hat mit „Österreich 2020“ eine große Zukunftsdiskussion gestartet. Dieses Projekt wird erfolgreich sein, wenn es gelingt, Wissenschaftler und Experten, vor allem aber möglichst viele Vertrauenspersonen und Sympathisanten der Sozialdemokratie in einen Diskussionsprozess einzubinden.

Unserer Partei hat schon immer im Stile einer offenen Partei Programme, Orientierungsrahmen und Richtlinien als Verbindungen der Bedürfnisse und Interessen, der Einstellungen und Meinungen, der Wünsche und Sorgen ihrer Mitglieder und Anhänger mit den Grundwerten der Sozialdemokratie formuliert. Diese Verbindung kommt nur zustande, wenn konkrete Aufgaben und Forderungen dargestellt werden und die Grundsätze der Sozialdemokratie den Menschen wieder bewusst gemacht werden. Beides ist in einem großen Diskussionsprozess möglich, dessen Mobilisierungskraft nicht unterschätzt werden darf. Wir stehen vor den Scherben des Casino-Kapitalismus, dessen Vertreter mit ihrer Gier nach immer höheren Renditen die Produktivität und Innovation der Realwirtschaft zu Restgrößen verkümmern ließen, dessen Deregulierungswettbewerb ungebremste Marktkräfte freigesetzt und die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt hat.

„Wir müssen unsere Positionen klar ausdrücken und eine gemeinsame Politik entwickeln, um die Gesellschaft zu ändern“, hat Werner Faymann am 3. März in einer Veranstaltung im Rahmen von „Österreich 2020“ erklärt. Wir sind alle aufgerufen, diese systemverändernde Politik zu entwickeln – auch jene Ungeduldigen, die nach schärferen Konturen und klaren Antworten auf Finanz- und Wirtschaftskrise, Globalisierung und Verteilungsgerechtigkeit gerufen haben.

Die Sozialdemokratie ist eine Massenorganisation, sie ist angewiesen auf Mehrheitsbildung. Diese aber vollzieht sich nicht mehr in Demos auf Straßen und großen Plätzen oder in der Abgeschiedenheit von Kongresssälen. Wir müssen wieder lernen, die Menschen nach ihren Sorgen, Ängsten und Hoffnungen direkt zu fragen. Wir müssen sie mit unseren Vorstellungen von der Zukunft dort ansprechen, wo sie erreichbar sind. Wir müssen zeigen, dass wir den sozi-



Bundeskanzler Werner Faymann

al Schwächsten helfen, die steigende Armut wirksam bekämpfen und die Migrationsprobleme ehrlich lösen wollen. Nur wenn wir mit den Menschen die Diskussion führen, werden mutige Reformen, die gegen den Zeitgeist entwickelt werden müssen, wieder den Zeitgeist prägen können.

Finanz- und Wirtschaftskrise haben definitiv nicht die Dienstnehmer und Pensionisten verursacht. Die Schuldigen des Beinahe-Zusammenbruchs der Weltwirtschaft sitzen nicht hinter Gittern, sondern noch immer in den Vorstandsetagen der Banken in Amerika und Europa und lassen sich schon wieder Bonifikationen auszahlen. Gleichzeitig geben sie Ratschläge, wie die aus den Fugen geratenen Staatsbudgets saniert werden können. Vorher allerdings musste der gescholtene Staat als Retter in der Not einspringen. Wenn es um die Tilgung der Schulden geht, dann tun die Herren so als ginge sie das nichts an und schlagen vor, die Allgemeinheit erneut zur Kasse zu bitten. Hier muss die Sozialdemokratie klarmachen, dass es so nicht geht. 73,6 Prozent der Steuer-

einnahmen in Österreich kommen aus der Lohn- und Mehrwertsteuer. Nur 1,4 Prozent werden über Vermögenssteuern eingehoben. Diese Daten zeigen den Veränderungsbedarf, haben aber auch in der Diskussion die Chance, soziale Gerechtigkeit als Grundwert und faire Verteilung als politischen Grundsatz ins Bewusstsein zu rücken.

„Österreich 2020“ muss zeigen, dass die Sozialdemokratie nicht die Rolle des Arztes am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen hat. Sie hat zu verändern, nicht zu reparieren. Sozialdemokratie ist kein Endzustand, sondern eine sich stets neu zu stellende Aufgabe. Und deshalb ist es auch wichtig, sich eines Zitates Bruno Kreiskys zu erinnern, der gemeint hat: „Es wird wahrscheinlich sehr wichtig sein ... den Mut zu haben, lieb gewordene Klischeevorstellungen in Formeln, die sich als phraseologisch erwiesen haben beiseite zu lassen, aber ohne Respektlosigkeit gegenüber denjenigen, die sie seinerzeit geprägt und gebraucht haben. Denn ehe sie wurden, ist ihnen meistens ein langer Denkprozess vorausgegangen, dessen Bewältigung die besten Geister unserer Bewegung in Anspruch genommen hat.“ „Österreich 2020“ soll durch unser aller Mitarbeit eine brillante Verbindung von Vision und Wirklichkeit werden. Weil Instrumente und Methoden der 70er und 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts nicht die Probleme des begonnenen 21. Jahrhunderts lösen können, wird dieses Zukunftsprojekt neue Instrumente der Krisenbewältigung und sozialdemokratische Methoden der Gestaltung unserer Gesellschaft enthalten. ♦

Karl Blecha war von 1976 bis 1981 als Zentralsekretär der SPÖ tätig und von 1983 bis 1989 Bundesminister für Inneres. Seit 1999 steht er dem Pensionistenverband Österreich (PVÖ) als Präsident vor.

LESERBRIEFE

Die ÖBB und die Präsidentschaftswahl beschäftigten unsere Leser in den letzten Tagen. Einige der zahlreichen Reaktionen – teilweise gekürzt – finden sich hier wieder.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Infrastrukturministerin Doris Bures hat sich letzten Sonntag in der ORF-Pressesunde hervorragend geschlagen. Sie war in ihrer Argumentation ruhig, sachlich und kompetent. Vor allem aber haben mich ihre Argumente überzeugt. Ich finde, dass Doris Bures ihren Weg konsequent weiter gehen muss und sich dabei nicht von falschen Vorwürfen seitens gewisser Oppositionsparteien abbringen lassen darf.

Gerda Schwenk, Vöcklabruck

Liebe Mitarbeiter der SPÖ!

Für mich ist es unfassbar, dass die ÖVP die ÖBB und damit ihre gesamten Mitarbeiter so schlecht redet. Für die ÖBBler soll es jetzt heißen: Weg mit der Freifahrt und weg mit der Nebenbezugspauschale. Das ist kein korrekter Umgang mit Mitarbeitern, die jeden Tag gute Leistungen erbringen. Außerdem finde ich es beschämend von Herrn Lopatka, ein so wichtiges staatliches Unternehmen, das gute Arbeit leistet, schlecht zu reden.

Karl Schwatos, St. Pölten

Liebe Sozialdemokratie!

Ich bin schon ein alter Hase in der sozialdemokratischen Bewegung. Umso entsetzlicher finde ich eine Barbara Rosenkranz als Präsidentschaftskandidatin in Österreich. Ich

frage mich, ob die Welt wirklich nichts aus den Greueln des Nazi-Regimes gelernt hat. Wie kann man bei klarem Verstand sein und trotzdem Rosenkranz wählen? Ich finde, Menschen, die die Existenz von Gaskammern in Frage stellen und für die Abschaffung des Verbotsgesetzes eintreten, gehören nicht in die Präsidentschaftskanzlei, sondern aus der Politik verbannt.

Johannes Mauringer, Innsbruck

Lieber Herr Bundeskanzler!

Von der „Österreich 2020“-Veranstaltung letzten Mittwoch war ich mehr als begeistert. Ich finde es wichtig und richtig, dass sich die SPÖ Gedanken über die Zukunft macht und sich den neuen Herausforderungen stellt. Vor allem aber finde ich lobenswert, dass sie die Menschen in die Zukunftsdebatte mit einbezieht. Die SPÖ agiert an der Basis und bei den Menschen und das finde ich einfach wunderbar.

Gerda Huemer, Graz

Liebe SPÖ!

Für mich steht fest, dass unser amtierender Bundespräsident sehr gute Arbeit leistet. Er ist ein verlässlicher, kompetenter und vor allem gerechter Mann, der keine anderen Menschen aufgrund ihrer Religion, Hautfarbe oder Nationalität diskriminiert. Mit einer – ich will es gar nicht aussprechen – Barbara Rosenkranz wäre ein solches Amtsverständnis ein Ding der Unmöglichkeit. Darum ist dies ein Appell an Österreich, für Heinz Fischer zu stimmen und damit für weitere friedliche und gerechte sechs Jahre Amtszeit.

Doris Kobisch, Klagenfurt

Liebe Frauenministerin!

Der Tod Johanna Dohnals hat mich tief betroffen gemacht. Sie war eine echte Feministin und kämpfte unermüdlich gegen Ungerechtigkeiten und für die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen. Ich erkenne viele ihrer Qualitäten in Ihnen wieder. Auch Sie sind eine Frau mit Kampfgeist und Weitblick. Sie lassen sich nicht von der Männerwelt unterkriegen und haben bereits vieles für die Frauen in Österreich getan. Ich wünsche mir von Herzen, dass Sie Ihren Weg konsequent und im Sinne Johanna Dohnals weitergehen.

Maria Baumgartner, Graz

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärthl, Mag^a Regine Bohm, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Zinner, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

Neue Homepage der SPÖ Frauen

Alles neu, noch besser und informativer: So zeigt sich jetzt die komplett neu gestaltete Homepage der SPÖ Frauen, die seit kurzem online ist und zu aktivem Mitreden einlädt. Die neu designte Homepage gibt einen guten Überblick über die aktuelle Arbeit der SPÖ Frauen. News, Blogbeiträge sowie Foto- und Videogalerien bieten rasche Infos über sämtliche Veranstaltungen, Aktionen und Kampagnen. Außerdem wer-

den alle Termine in den Bundesländern übersichtlich präsentiert. Weiters gibt es eine „UnterstützerInnenplattform“ zur Einkommenstransparenz sowie Infos zur aktuellen Kampagne „Karriere jetzt: Weiter auf der Leiter!“ Hier können Sie die Forderung der SPÖ Frauen nach der Verankerung der Lohntransparenz im Gleichbehandlungsgesetz unterstützen. Unser Surf-Tipp: **www.frauen.spoe.at**

www.frauen.spoe.at

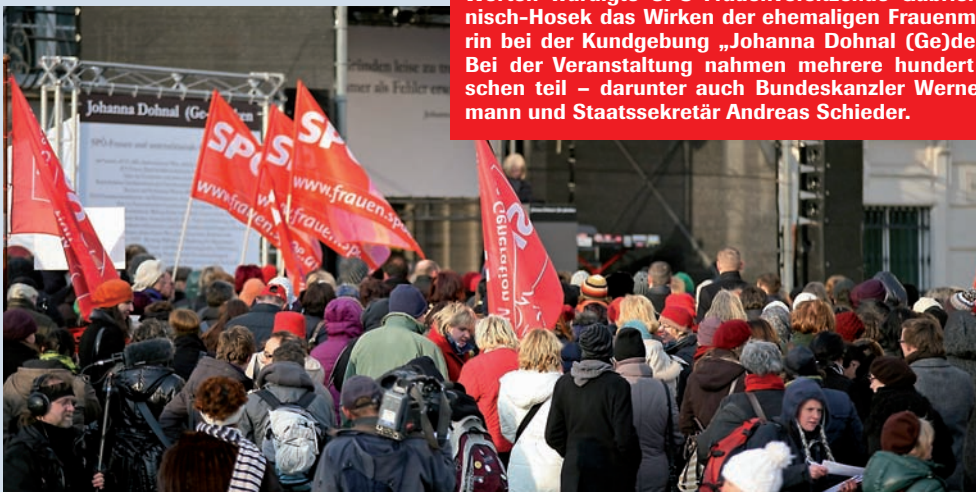




Gedenken an Johanna Dohnal

„Johanna Dohnal war eine einzigartige, mutige und entschlossene Frau. Sie wollte, dass Frauen in Würde, unabhängig und frei von Gewalt leben können.“ Mit diesen Worten würdigte SPÖ-Frauvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek das Wirken der ehemaligen Frauenministerin bei der Kundgebung „Johanna Dohnal (Ge-)denken“. Bei der Veranstaltung nahmen mehrere hundert Menschen teil – darunter auch Bundeskanzler Werner Faymann und Staatssekretär Andreas Schieder.

„Der Friede ist zu wichtig,
um ihn den Männern
allein zu überlassen.“
(Johanna Dohnal)



Frauentag: Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek unterwegs in Sachen Gleichberechtigung

Rund zwei Drittel der unbezahlten Arbeit, etwa Haushalt oder Kinderbetreuung, wird immer noch von Frauen erledigt. Um auf diese Tatsache aufmerksam zu machen, tourte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek am Frauentag durch Österreich. Sie besuchte etwa die OMV in Wien, wo sie unter anderem dem Betriebskindergarten einen Besuch abstattete. Die Frauenministerin folgte auch der Einladung der Frauenstadträtin Sandra Frauenberger ins „Offene Rathaus“. Insgesamt kamen 2.100 Frauen.

